Bezirksverwaltung IV richtete die Räume des Stadthauses Theaterstraße für ihre Arbeit her. »Die Einrichtung der Bezirksverwaltung IV war besonders schwierig, weil die Zahl der noch ansässigen und zu betreuenden Bevölkerung völlig unbekannt war«, berichtete der Verwaltungschef des einst am dichtesten besiedelten Stadtgebietes. »Sie ist inzwischen anläßlich der Lebensmittelkartenverteilung mit rd. 4 000 Volksgenossen ermittelt worden.«[17)]

Für die städtische Zentralverwaltung wurden derweil einige Schulen überaus provisorisch instand gesetzt und wenige Erdgeschoßräume des Rathauses benutzbar gemacht. Nach und nach kam die Tätigkeit der einzelnen Ämter in Gang. Das schwerwiegendste Problem dabei war der Personalmangel. Anfang März bot die Landesregierung an, evakuierte Bürgermeister mittlerer Städte als Sachbearbeiter einzusetzen und bautechnische Beamte aus ganz Sachsen für die Stadt zu verpflichten.[18)] Am 10. März führte die Bezirksverwaltung IV einen ersten Kurzappell zum, wie es hieß, »Ausrichten der gesamten Gefolgschaft« durch, währenddessen besonders »taktvolles Verhalten gegenüber der Bevölkerung« zur Pflicht gemacht wurde.[19)] Das war nicht einfach. Vielfach äußerte sich verzweifelter Zorn. Für die in ihren Lebensgrundlagen so schwer getroffene Bevölkerung waren die Beamten in den Dienststellen die greifbaren Repräsentanten der staatlichen Ordnung, die in ihren Augen versagt hatte. Das Jugendamt der Bezirksverwaltung VI berichtete über seine Erfahrungen: »Der Publikumsverkehr … ist sehr rege. Vor allem sind es Nachfragen und Auskünfte aller Art, Ummeldungen, Auszahlung von Geldern, Sachbeihilfen …, die stark aufhalten und doch schnelle Abfertigung erfordern, da die Vorsprechenden in den meisten Fällen, beeindruckt von dem Geschehenen und Erlebnissen, unruhig und erregt und teilweise auch fordernd und unbeherrscht sind. Sie haben in der dauernden Erwartung vorhandener Luftgefahr kaum Zeit zu einer ruhigen Aussprache. Das erschwert den Geschäftsbetrieb wesentlich. Es wird aber alles getan, um in sachlicher, höflicher, verständnis- und anteilnahmsvoller Form nicht nur den vorgebrachten Wünschen zu entsprechen, sondern auch das Vertrauen zur Gesamtverwaltung und damit zum Staatsganzen zu stärken. Dabei war es erforderlich, in der Erledigung der Amtsgeschäfte nicht etwa engstirnig zu verfahren, sondern großzügig zu denken und zu handeln, gleichwohl aber die bestehenden Bestimmungen und Vorschriften in ihren Grundzügen nicht etwa völlig außer acht zu lassen.«[20)]

Dem Jugendamt war es, soweit es um finanzielle Leistungen ging, erheblich leichter als anderen Dienststellen, großzügig zu verfahren. Geld war noch ausreichend da. Erst Ende April drohten selbst die Zahlungsmittel auszugehen, und der Gauleiter mußte die Staatsbank anweisen, Notgeld drucken zu lassen.[21)] Wie aber sollte das Ernährungsamt »großzügig« sein, wenn nicht mehr Lebensmittel vorhanden waren? Was sollte das Wirtschaftsamt den oft völlig mittellosen »Fliegergeschädigten« sagen, wenn in der Stadt selbst nötigste Dinge nicht mehr aufzutreiben waren? Statt weniger »engstirnig zu verfahren«, mußte es sich überaus detaillierte Regelungen ausdenken, um den drückenden Mangel zu verwalten. Der Bedarf an allem war riesig: Anfang März hatte die Kreisgruppe des Reichsluftschutzbundes eine erste überschlägliche Statistik erarbeitet: 60 000 Wohnungen in Dresden waren als total zerstört gezählt worden.[22)] Mit den Wohnungen waren Möbel, Hausrat und Kleidung verlorengegangen. Die vorsorglich angelegten Lager des Wirtschaftsamtes hatten die Geschädigten der Luftangriffe im Oktober 1944 und im Januar 1945 schon in Anspruch genommen; die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id351371087/15 DRESDNER GESCHICHTSVEREIN e.V.